

der Verhandlungsmaxime folgen, von sich aus nach den Tatsachen forschen müsste, welche die Klage als zulässig erscheinen lassen könnten (BGE 144 III 552 E. 4.1.3; Urteil 4A\_94/2020 vom 12. Juni 2020 E. 4.2 mit Hinweisen).

Prozessstandschaft – Qualité pour affirmer en son propre nom le droit d'autrui –  
Qualità per affermare in proprio nome il diritto di terzi

[2693] Auszug aus dem Urteil der II. zivilrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts  
i.S. A. gegen B. (Beschwerde in Zivilsachen) 5A\_782/2021 vom 29. Juni 2022

*Art. 133 Abs. 1 Ziff. 4, 318 Abs. 1 ZGB; Prozessstandschaft des Sorgerechtsinhabers und des sorgeberechtigten Elternteils; Wirkung der fehlenden Zustimmung des volljährig gewordenen Kindes oder des Widerrufs seiner Zustimmung*

Der Inhaber der elterlichen Sorge kann die vermögensrechtlichen Ansprüche des minderjährigen Kindes in eigenem Namen gerichtlich geltend machen, insbesondere in Bezug auf Unterhaltszahlungen. Der Sorgerechtsinhaber hat die gleiche Befugnis im Eheschutzverfahren sowie im Abänderungsverfahren. Er hat diese Befugnis auch in einem Verfahren zur Ergänzung eines ausländischen Scheidungsurteils (E. 3.1). Aus der fehlenden Zustimmung des Kindes über seine Volljährigkeit hinaus kann nicht abgeleitet werden, dass die Prozessstandschaft auch für die Minderjährigkeit *ex tunc* entfällt. Im unselbständigen Unterhaltsprozess ist die Prozessstandschaft der Eltern eine gesetzliche, die sich für das Scheidungsverfahren aus Art. 133 Abs. 1 Ziff. 4 ZGB ergibt (E. 3.4.3). Das im Verlauf des Verfahrens volljährig gewordene Kind kann seine vorgängig erteilte Einwilligung widerrufen (E. 3.5.3–3.5.6).

*Art. 133 al. 1 ch. 4, 318 al. 1 CC; Prozessstandschaft du détenteur de la garde et du parent gardien; effet de l'absence de consentement de l'enfant devenu majeur ou du retrait de son consentement*

Le détenteur de l'autorité parentale peut faire valoir en justice en son propre nom les droits de l'enfant mineur en matière patrimoniale, en particulier en ce qui concerne les contributions d'entretien. Le parent gardien dispose du même pouvoir dans la procédure de protection de l'union conjugale, ainsi qu'en procédure de modification. Il en dispose également pour une procédure visant à compléter le jugement de divorce (consid. 3.1). On ne peut pas déduire de l'absence de consentement de l'enfant au-delà de sa majorité que la *Prozessstandschaft* tombe également *ex tunc* pour la minorité. Il s'agit d'une qualité légale qui découle de l'art. 133 al. 1 ch. 4 CC pour la procédure de divorce (consid. 3.4.3). L'enfant devenu majeur au cours de la procédure peut révoquer le consentement qu'il a donné préalablement (consid. 3.5.3–3.5.6).

*Art. 133 cpv. 1 n. 4, 318 cpv. 1 CC; Prozessstandschaft del genitore affidatario; effetto dell'assenza di consenso del bambino divenuto maggiorenne o della revoca del suo consenso*

Il detentore dell'autorità parentale può far valere in giustizia, a suo proprio nome, i diritti del bambino minore in materia patrimoniale, in particolare per quanto concerne i contributi di

**mantenimento. Il genitore affidatario dispone del medesimo potere nella procedura di tutela dell'unione coniugale, come pure in procedura di modifica. Ne dispone ugualmente per una procedura avente quale oggetto il completamento della decisione di divorzio (consid. 3.1). Non si può dedurre dall'assenza di consenso del bambino al di là della sua maggiore età che la *Prozessstandschaft* decada pure *ex tunc* per la minore età. Si tratta di una qualità legale che deriva dall'art. 133 cpv. 1 n. 4 CC per la procedura di divorzio (consid. 3.4.3). Il bambino divenuto maggiorenne in corso di procedura può revocare il consenso che ha preventivamente dato.**

3. Streitig ist, ob die Prozessführungsbefugnis der Beschwerdeführerin für den Unterhaltsanspruch des im Verlaufe des Verfahrens volljährig gewordenen Sohnes der Parteien nachträglich dahinfiel.

(...)

3.4 Die Beschwerdeführerin beanstandet den angefochtenen Entscheid zunächst hinsichtlich des Minderjährigenunterhalts.

3.4.1 Wenn ein volljährig gewordenes Kind seine Zustimmung zur Weiterführung des Prozesses nicht erteile, habe das Gericht auf jeden Fall die Unterhaltsbeiträge bis zur Volljährigkeit inhaltlich zu beurteilen. Die Klage sei weit vor Erreichen der Volljährigkeit erhoben worden, sodass die Beschwerdeführerin zur Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs zugunsten des Sohnes bis zum Erreichen der Volljährigkeit berechtigt gewesen sei. Auf die Klage sei zu Unrecht nicht eingetreten worden.

3.4.2 Für ihren Standpunkt verweist die Beschwerdeführerin auf das Urteil 5A\_679/2019, 5A\_681/2019 vom 5. Juli 2021. Im dort zu beurteilenden Fall erklärte die im Verlaufe des Scheidungsverfahrens ihrer Eltern volljährig gewordene Tochter, welche während ihrer Minderjährigkeit unter der Obhut der Mutter gestanden hatte, sich den Anträgen ihres Vaters zum sie betreffenden Kindesunterhalt anzuschliessen. Die Mutter hatte im Scheidungsprozess vom Vater höheren Unterhalt für die Tochter als von diesem zugestanden gefordert. Das Bundesgericht folgerte, die Tochter habe ihre Zustimmung zu den von der Mutter eingeklagten Alimenten nicht gegeben, sodass die Mutter die Prozessführungsbefugnis verloren habe. Es hob deshalb die von der Vorinstanz für die Zeit ab Volljährigkeit der Tochter gesprochenen Kindesunterhaltsbeiträge auf und hielt ausdrücklich fest, bis zu ihrer Volljährigkeit seien diese geschuldet (E. 10.3.2).

3.4.3 Der Beschwerdegegner hält dafür, die vorzitierte Rechtsprechung sei nicht einschlägig, da es vorliegend nicht – wie dort – um ein Scheidungsverfahren im klassischen Sinne gehe, sondern um die Ergänzung eines ausländischen Scheidungsurteils, in dem Sinne also um die Abänderung eines Scheidungsurteils. Diese Argumentation geht bereits deshalb fehl, da die bundesgerichtliche Rechtsprechung zur Prozessstandschaft des sorgeberechtigten Elternteils wie bereits ausgeführt auch für Abänderungs- und Ergänzungsverfahren gilt (vgl. vorne E. 3.1). Ferner lässt sich aus ihr nicht herauslesen, bei fehlender Zustimmung zur Prozessstandschaft über die Volljährigkeit des Kindes hinaus falle diese auch für die Minderjährigkeit *ex tunc* hinweg. Im unselbständigen Unterhaltsprozess ist die Prozessstandschaft

der Eltern eine gesetzliche, die sich für das Scheidungsverfahren aus Art. 133 Abs. 1 Ziff. 4 ZGB ergibt (LÖTSCHER, Die Prozessstandschaft im schweizerischen Zivilprozess, 2016, Rz. 651 und 962; vgl. bereits Urteil 5A\_104/2009 vom 19. März 2009 E. 2.2, in: FamPra.ch 2009 S. 800 [noch zu aArt. 133 Abs. 1 ZGB]). Das Ende einer gesetzlichen Prozessführungsbefugnis richtet sich nicht nach einer Willenserklärung, sondern nach dem Gesetz (vgl. LÖTSCHER, a.a.O., Rz. 142). Der genannten Bestimmung lässt sich eindeutig entnehmen, dass das Gericht im Rahmen der Beurteilung der Nebenfolgen der Scheidung über den Minderjährigenunterhalt zu befinden hat. Ihr Wortlaut lässt keinen Raum für die Rechtsauffassung, bei fehlendem Einverständnis des während des Scheidungsprozesses volljährig gewordenen Kindes falle die Prozessstandschaft des antragstellenden Elternteils für den Minderjährigenunterhalt rückwirkend dahin.

3.4.4 Vorliegend handelt es sich zwar nicht um ein ursprüngliches Scheidungsverfahren, sondern um ein Verfahren auf Ergänzung eines ausländischen Scheidungsurteils. Einschlägig sind indes auch hier die materiellen Bestimmungen des Scheidungsrechts, zumal es um die erstmalige Regelung von Scheidungsnebenfolgen geht, zu welchen sich das ausländische Scheidungsurteil ausschweigt. Die Vorinstanz hat erkannt, auf die Streitsache komme schweizerisches Recht zur Anwendung, was von den Parteien nicht infrage gestellt wird und zu keinen Bemerkungen Anlass gibt. Mithin richtet sich auch die Prozessstandschaft für den Kindesunterhalt nach Art. 133 Abs. 1 Ziff. 4 und Abs. 3 ZGB. Da der Sohn der Parteien bei Einleitung des Verfahrens noch minderjährig war, kam der Beschwerdeführerin nach dem Ausgeführten die Prozessstandschaft für den Minderjährigenunterhalt zu, sodass auf die Klage einzutreten gewesen wäre.

3.4.5 Immerhin ist aufgrund der Erklärung des Sohnes der Parteien fraglich, ob er allfälligen ihm zuzusprechenden Unterhalt beim Beschwerdegegner tatsächlich einfordern würde und deshalb die Durchführung des Ergänzungsverfahrens gewissermassen zu einem prozessualen Leerlauf verkommen würde. Auch die Beschwerdeführerin wirft die Frage des Vollzugs und der Durchsetzung des Anspruchs auf. Sie selbst könnte den Beschwerdegegner für den Minderjährigenunterhalt nicht betreiben (BGE 142 III 78 E. 3.3). Der Umstand, dass der Sohn allfällig ihm zuzusprechenden Unterhalt beim Beschwerdegegner nicht beanspruchen wollen könnte, lässt das Verfahren indessen nicht obsolet werden, denn der Unterhaltstitel dient als (notwendige) Grundlage bzw. Ausgangspunkt für allfällige Ansprüche der Beschwerdeführerin gegenüber dem Sohn für anstelle des Beschwerdegegners «vorgeschossene» Unterhaltsleistungen (vgl. BGE 142 III 78 E. 3.3 mit Hinweisen; HEGNAUER, Berner Kommentar, 1997, N. 36 zu Art. 289 ZGB). Ferner wird der Sohn entgegen der Befürchtung des Beschwerdegegners bei einem Eintreten auf die Klage auch nicht «weiter in einem Verfahren gehalten», welches seinem Willen widerspreche, denn er ist gerade nicht Verfahrenspartei. Die Beschwerde ist deshalb in diesem Punkt gutzuheissen.

3.5 Sodann bemängelt die Beschwerdeführerin den angefochtenen Entscheid auch mit Bezug auf Volljährigenunterhalt.

**3.5.1** Für die Annahme der Vorinstanz, die Ermächtigung des volljährigen Kindes sei widerruflich, gebe es keine Hinweise in Lehre und Rechtsprechung. Die vorliegende Prozessstandschaft rücke näher zur gerichtlichen bzw. gewohnheitsrechtlichen Prozessstandschaft und die Elemente der gewillkürten Prozessstandschaft träten eher in den Hintergrund, weshalb sie nicht durch Willenserklärung widerrufen werden könne.

**3.5.2** Die Beschwerdeführerin verweist für ihre Auffassung auf LÖTSCHER, ohne indessen eine präzise Fundstelle zu nennen. Die genannte Autorin bezeichnet das Weiterbestehen der elterlichen Prozessstandschaft bei Zustimmung des während des Verfahrens volljährig gewordenen Kindes als gewillkürte Prozessstandschaft (a.a.O., Rz. 652, 954 und 964), wobei sie präzisiert, das Bundesgericht habe die Möglichkeit zur gewillkürten Prozessstandschaft in Bezug auf diesen konkreten Fall bejaht, womit sich die gewillkürte Prozessstandschaft bereits wieder einer gerichtlichen oder gewohnheitsrechtlichen Prozessstandschaft annähere (a.a.O., Rz. 652).

**3.5.3** Weshalb daraus zu schliessen wäre, dass das im Verlauf des Verfahrens volljährig gewordene Kind seine vorgängig erteilte Einwilligung nicht mehr widerrufen könnte, erläutert die Beschwerdeführerin nicht. Zwar führt LÖTSCHER aus, in Deutschland würden die richterrechtlich begründeten Ermächtigungen der gesetzlichen Prozessstandschaft zugerechnet (a.a.O., Rz. 175). Die auf einer gesetzlichen Regelung basierende Prozessstandschaft sei durch den Rechtsträger nicht widerrufbar (a.a.O., Rz. 527). Gleichzeitig vertritt sie aber auch die Auffassung, die Prozessstandschaften [in der Schweiz], welche sie selbst als gerichtliche bezeichne, unterschieden sich von den echten gesetzlichen Prozessstandschaften (a.a.O., Rz. 174). Zur Frage, ob auch eine gerichtliche bzw. gewohnheitsrechtliche Prozessstandschaft unwiderruflich sei, äussert sie sich nicht. Sie hält einzig dafür, es sei nur bei der gewillkürten Prozessvertretung möglich, die Prozessführungsbefugnis wieder zu widerrufen (a.a.O., Rz. 527). Da sie die Prozessstandschaft für den Volljährigenunterhalt des während laufendem Scheidungsverfahrens volljährig gewordenen Kindes primär den gewillkürten Prozessstandschaften zuordnet, lässt sich aus ihren Ausführungen nichts zugunsten der Beschwerdeführerin ableiten.

**3.5.4** Das Bundesgericht begründete seine Rechtsprechung zur Prozessstandschaft für das im Laufe des Scheidungsverfahrens volljährig gewordene Kind mit dem gesetzgeberischen Willen zu Art. 156 Abs. 2 aZGB (inhaltlich dem heutigen Art. 133 Abs. 3 ZGB entsprechend), auch das volljährige Kind solle nicht gezwungen sein, gegen seine Eltern prozessieren zu müssen. Ferner werde die Möglichkeit der Prozessstandschaft auch für den Volljährigenunterhalt dem Grundsatz der Prozessökonomie gerecht. Es hielt indes auch fest, ab Volljährigkeit des Kindes könne das Verfahren, soweit es den Volljährigenunterhalt betreffe, nicht gegen oder ohne den Willen des Kindes fortgesetzt werden (zum Ganzen: BGE 129 III 55 E. 3.1.5). Damit hat sich das Bundesgericht zwar nicht zur Frage geäussert, ob eine einmal erteilte Ermächtigung widerruflich ist, denn im zu beurteilenden Sachverhalt ging es um die erstmalige Willensäusserung des volljährigen Kindes. Aus seinen Erwägungen erhellt indessen, dass die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Prozessstand-

schaft für den Volljährigenunterhalt des während laufendem Scheidungsverfahrens volljährig gewordenen Kindes dessen Interessen dienen soll. Dies gilt es für die Beurteilung der hier interessierenden Streitfrage in den Vordergrund zu rücken.

**3.5.5** Anders als etwa im Fall der Prozessübernahme durch die streitberufene Partei (vgl. Art. 79 Abs. 1 lit. b ZPO), welche die streitverkündende Partei nicht widerrufen kann (nach Auffassung der herrschenden Lehre, welche diesen Anwendungsfall als Prozessstandschaft betrachtet, was hier nicht präjudiziert werden soll: statt vieler LÖTSCHER, Es tritt ein: Der Streitberufene – Der Eintritt des Streitberufenen in den Prozess nach Art. 79 Abs. 1 lit. b ZPO, in: Das Zivilrecht und seine Durchsetzung, 2016, S. 395–397; zur Unwiderruflichkeit: FREI, in: Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl. 2017, N. 12 zu Art. 79 ZPO; HUBER-LEHMANN, Die Streitverkündungsklage nach der Schweizerischen Zivilprozessordnung, 2018, Rz. 483; MORF, in: ZPO Kommentar, Gehri/Jent-Sørensen/Sarbach [Hrsg.], 2. Aufl. 2015, N. 8 zu Art. 79 ZPO; ZUBER/GROSS, in: Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 2012, N. 12 zu Art. 79 ZPO; anders Urteile O2017\_025 des Bundespatentgerichts vom 15. März 2018 E. 2.6; PP140001 des Obergerichts des Kantons Zürich vom 6. Juni 2014 E. III.3), liegt das Interesse am Verfahrensausgang betreffend den Volljährigenunterhalt nicht hauptsächlich beim Elternteil als Prozessstandschafter, sondern weiterhin beim Kind als Rechtsträger. Die streitberufene Partei dürfte bei Bestehen eines Schadloshaltungsanspruchs der streitverkündenden Partei ein besonderes Interesse an der eigenen Prozessführung im Hauptprozess haben, weshalb die Unwiderruflichkeit des Einverständnisses der streitverkündenden Partei jener wohl nicht zum Nachteil gereichen würde (vgl. FREI, a.a.O.; GÖKSU, in: ZPO, Brunner/Gasser/Schwander [Hrsg.], 2. Aufl. 2016, N. 13 zu Art. 79 ZPO; HUBER-LEHMANN, a.a.O.; ZUBER/GROSS, a.a.O.). Bleibt demgegenüber das Interesse des Kindes am Verfahrensausgang betreffend den Volljährigenunterhalt das hauptsächlichliche, so ist es nur folgerichtig, den Widerruf seiner Zustimmung zur Prozessstandschaft zuzulassen. Immerhin könnte das Kind auch in einem selbständigen Unterhaltsprozess seine Klage wieder zurückziehen. Es ist nicht einsichtig, weshalb es ihm verwehrt sein sollte, denselben Verfahrensausgang im durch Prozessstandschaft des vormals sorgeberechtigten Elternteils geführten Verfahren zu erwirken, wenn dies seinen (subjektiven) Interessen zuwiderlaufen würde.

**3.5.6** Mithin konnte der Sohn der Parteien die zuvor ausgesprochene Ermächtigung zur Prozessführung durch die Beschwerdeführerin gültig widerrufen. Soweit die Beschwerdeführerin noch eine Verletzung von Art. 236 Abs. 1 ZPO rügt, wonach das spruchreife Verfahren durch Sach- oder Nichteintretensentscheid beendet wird, ist ihr – ohnehin nicht näher begründeter – Vorwurf verfehlt. Die angerufene Bestimmung gewährt keinen Anspruch auf einen Sachentscheid, wenn die Prozessvoraussetzungen nicht erfüllt sind (Art. 59 Abs. 1 ZPO). Damit hält der angefochtene Entscheid mit Bezug auf den Volljährigenunterhalt vor Bundesrecht stand.

## NOTE

François Bohnet

## Révocation par l'enfant majeur de la qualité du parent pour affirmer en son propre nom le droit à son entretien

En principe, la qualité pour agir appartient à la personne qui prétend être titulaire du droit affirmé. Notre ordre juridique admet cependant que dans certaines hypothèses, une personne fasse valoir en justice un droit dont elle ne se prétend pas titulaire. Cette faculté, connue sous le nom de « *Prozessstandschaft* », peut être désignée en français par l'expression « qualité pour affirmer en son propre nom le droit d'autrui » (BOHNET, *Prozessführungsrecht, Prozessführungsbefugnis, Prozessstandschaft, Sachlegitimation* et qualité pour agir: Plaidoyer pour un réexamen conceptuel et terminologique, RSPC 2017, 465, 484). La *Prozessstandschaft* est donc une sous-catégorie de la qualité pour agir (BOHNET/PERCASSI, La qualité du parent pour affirmer en son propre nom le droit à l'entretien de l'enfant [*Prozessstandschaft*] dans les procédures du droit de la famille, FamPra 2021 638, 641). La *Prozessstandschaft* étant liée à l'autorité parentale, elle n'est possible, durant la procédure de divorce, que si l'enfant est mineur (ATF 142 III 78 consid. 3.2, JdT 2020 II 241; ATF 129 III 55 consid. 3.1.4). Le Tribunal fédéral admet toutefois une exception à cette règle, déduite de l'art. 133 al. 3 CC, qui permet au juge de fixer la contribution d'entretien pour une période allant au-delà de l'accès à la majorité: lorsque l'enfant devient majeur en cours de procédure de divorce (y compris devant les instances de recours cantonale et fédérale: TF 5A\_874/2014 du 8 mai 2015 consid. 1.2), le parent détenteur de l'autorité parentale conserve la qualité pour agir (ATF 142 III 78 consid. 3.2, JdT 2020 II 241). L'enfant doit cependant être consulté et consentir (expressément ou tacitement, voir TF 5A\_874/2014 du 8 mai 2015 consid. 1.2) à cette démarche pour les contributions réclamées pour la période postérieure à sa majorité (ATF 142 III 78 consid. 3.2, JdT 2020 II 241). A défaut, le tribunal devra nier la qualité pour agir du parent et déclarer irrecevables les conclusions portant sur l'entretien de l'enfant après sa majorité. Cette exception est aussi admise par la doctrine pour les procédures indépendantes concernant l'entretien de l'enfant (BOHNET/PERCASSI, op. cit., p. 645 et les réf.).

L'arrêt 5A\_782/2021 du 29 juin 2022 retient que le consentement de l'enfant majeur peut être révoqué (consid. 3.5.3–3.5.6). Le maintien de la *Prozessstandschaft* du parent étant dicté uniquement par l'intérêt de l'enfant, il est juste que celui-ci, compte tenu de sa majorité, puisse révoquer son consentement. Les conditions de recevabilité devant être réunies au moment du jugement (art. 60 et 236 CPC), le retrait du consentement entraîne l'irrecevabilité des conclusions liées à la *Prozessstandschaft*. Comme le relève le Tribunal fédéral (consid. 3.5.5), l'enfant pourrait également retirer sa demande dans le cadre d'un procès indépendant en matière d'entretien. On ne voit dès lors pas pourquoi il lui serait interdit d'obtenir la même issue dans la procédure menée par le parent précédemment titulaire de la garde, si cela allait à l'encontre de ses intérêts. Le Tribunal fédéral relève également (consid. 3.5.5) que cette hypothèse se distingue de la possibilité pour le dénoncé de conduire le procès à la place du dénonçant avec son accord (art. 79 al. 1 lit. b CPC), qui est alors irrévocable. Il s'agit certes, selon la doctrine, d'un cas de *Prozessstandschaft*, mais qui est essentiellement dans l'intérêt du dénoncé qui risque d'être attaqué par le dénonçant.

Seul le consentement de l'enfant devenu majeur en cours de procédure justifie l'exception à la règle selon laquelle la *Prozessstandschaft* n'est possible que si l'enfant est mineur. Si ce consentement est révoqué, l'exception tombe. Nous avons plaidé pour un élargissement des cas de *Prozessstandschaft* en faveur de l'enfant majeur, toujours avec son consentement (BOHNET/PERCASSI, op. cit., p. 653 s.), dont la révocation devrait être prise en compte.

## Rechtsvertretung – Représentation – Rappresentazione

[2694] Auszug aus dem Urteil der I. zivilrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts i.S. A. gegen Handelsgericht des Kantons Zürich (Beschwerde in Zivilsachen) 4A\_19/2022 vom 30. August 2022

Art. 132 Abs. 1, 108 ZPO; Fehlende Vollmacht; Nachfrist zur Verbesserung; unzulässige Kostenaufgabe an den Rechtsvertreter

Die Vertretungsmacht kann nicht aus dem Institut der Geschäftsführung ohne Auftrag abgeleitet werden. Die materiellen Auswirkungen der Geschäftsführung ohne Auftrag dürfen nicht mit der verfahrensrechtlichen Frage nach dem Vorliegen einer gültigen Vollmacht verwechselt werden. Die Geschäftsführung ohne Auftrag beschlägt das Innenverhältnis zwischen dem Geschäftsführer und dem Geschäftsherrn – nicht jedoch das Verhältnis zu Dritten (E. 4). Ein Gericht verstösst gegen Art. 132 Abs. 1 ZPO, wenn es die Ansetzung einer Nachfrist für die Nachreichung einer Vollmacht allein aus dem Grund ablehnt, dass das Vertretungsverhältnis einige Tage zuvor geendet habe. Aufgrund der Umstände war es nicht ausgeschlossen, dass der Beschwerdeführer eine Vollmacht nachreichen oder die Klägerin mitteilen würde, dass sie den Prozess selber fortführen werde (E. 5–6). Da kein Rechtsmissbrauch vorlag, konnten die Kosten nicht dem Beschwerdeführer auferlegt werden (E. 6.3).

Art. 132 al. 1, 108 CPC; Absence de procuration; délai pour rectifier; frais mis injustement à la charge du représentant

Un pouvoir de représentation ne peut pas découler de l'existence d'une gestion d'affaires sans mandat. Il ne faut pas confondre les effets matériels de la gestion d'affaires sans mandat avec la question procédurale de l'existence d'une procuration valable. La gestion d'affaires sans mandat concerne les relations internes entre le gérant et le maître de l'affaire. Ces règles ne traitent en rien de la relation avec les tiers (consid. 4). Viole l'art. 132 al. 1 CPC le tribunal qui refuse la fixation d'un délai pour le dépôt d'une procuration pour le seul motif que le mandat s'était terminé quelques jours auparavant. Compte tenu des circonstances, il n'était pas exclu que le recourant aurait obtenu une procuration ou que la demanderesse aurait annoncé qu'elle poursuivait le procès (consid. 5–6). Faute d'abus de droit, les frais ne pouvaient être mis à la charge du recourant (consid. 6.3).